

EUROPÄISCHES PARLAMENT

ASP 12 G 342

B-1047 BRÜSSEL

TEL: +32 2 284 5191

FAX: +32 2 284 9191

Email:

erika.mann@europarl.europa.eu



Erika Mann



EUROPABÜRO

ODEONSTR. 15/16

D-30159 HANNOVER

TEL: +49 511 1674 268

FAX: +49 511 1674 263

[Europabuero-](mailto:Europabuero-erika.mann@spd.de)

erika.mann@spd.de

Newsletter November 2007

Liebe Leserinnen und Leser,

hiermit erhalten Sie meinen aktuellen Newsletter, der neben den aktuellen Entscheidungen aus der November-Plenarsitzung einen Überblick über einige wichtige politische Ereignisse gibt. Darüber hinaus enthält er wie gewohnt Hinweise auf interessante Publikationen.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Ihre Erika Mann

EU-China Gipfel: Hart aber Fair sein im Umgang mit China

Am 28. November fand der zehnte EU-China Gipfel in Peking statt. Im Vorfeld des Gipfels wurden zunehmende Spannungen zwischen den beiden Partnern deutlich. Uneinigkeit und Verstimmung herrschte dabei vor allem bei Wirtschaftsthemen, wie dem Schutz vor Produktpiraterie oder dem enormen Handelsdefizit der EU gegenüber China.

Seit dem Beitritt Chinas zur WTO hat sich einerseits für die chinesische Wirtschaft ein riesiger Markt eröffnet, von dem das Land stark profitiert. Andererseits muss sich China aber auch an die Regeln der WTO halten. Wir dürfen nicht vergessen, was für einen Wandel das Land gerade durchmacht. China muss lernen sich in dem internationalen System zu bewegen und wir müssen lernen, China zu motivieren, sich den Regeln anzupassen. Eine Verurteilung des Landes ist falsch, richtig ist eine klare Linie gegenüber China und eine gute Integration in das internationale Handelssystem.

Pressemitteilung von Erika Mann zum Gipfel:

http://erikamann.com/presse_articles/EU-China-Gipfel

Weitere Informationen in kürze auf unserer Website www.erikamann.com.

CARS 21 - Vorschläge von Erika Mann angenommen

Der Industrieausschuss im Europäischen Parlament hat am 22. November den Bericht "CARS 21: Ein wettbewerbsfähiges Kfz-Regelungssystem" angenommen. In den Bericht wurde eine Stellungnahme von Erika Mann übernommen, die am 16. Juli 2007 vom Ausschuss für Internationalen Handel verabschiedet wurde. Alle in der Stellungnahme enthaltenen Änderungsanträge fanden im Industrieausschuss eine zustimmende Mehrheit.

In der Stellungnahme von Erika Mann wird vor allem deutlich, dass die Europäische Union im internationalen Rahmen die europäischen Automobilinteressen wahren muss. Insbesondere in den laufenden Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen mit Südkorea darf die EU ihre spezifischen Interessen nicht aus dem Auge verlieren. In der EU sind derzeit rund 12 Millionen Menschen von der Automobilbranche abhängig.

Der vollständige Bericht wird voraussichtlich im Dezember im Straßburger Plenum abgestimmt.

Zur Stellungnahme von Erika Mann:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/ad/684/684309/684309de.pdf

Vorläufiger Bericht des Industrieausschusses (bislang nur Englisch):

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pr/673/673406/673406de.pdf

Weiterführende Informationen unter:

<http://erikamann.com/themen/aktuelleeuropische/CARS21/>

WTO-Streitfall Boeing gegen Airbus – Erika Mann plädiert für schnelle Lösung

Auf Anregung von Erika Mann fand am 13. November im Straßburger Plenum des EP eine Aussprache mit der Kommission über den WTO-Streitfall US (Boeing) gegen EU (Airbus) statt. Dabei hat Erika Mann als Koordinatorin für Außenhandel der Sozialdemokratischen Fraktion im EP deutlich gemacht, dass sich beide Seiten aufeinander zu bewegen müssten, um nicht noch mehr Schaden davon zu tragen.

Beide Seiten hatten 2005 vor dem WTO-Streitschlichtungsgremium Rechtsverfahren gegen den jeweils anderen eingeleitet, um bestimmte staatliche finanzielle Zuwendungen als nicht WTO-konform zu unterbinden. Ursprünglich sollte es zu dem Fall Boeing gegen Airbus bereits im Oktober einen Zwischenentscheid geben, diese Entscheidung wurde jedoch auf unbestimmte Zeit vertagt.

Der derzeit extrem starke Euro führt zu einem Wettbewerbsnachteil für Airbus, da Flugzeuge in der Regel in Dollar bezahlt werden und dadurch Boeing seine Produkte vergleichsweise günstiger anbieten kann.

Das WTO-Verfahren gegen Airbus ist auch für Niedersachsen wichtig, da Airbus in Niedersachsen über vier Standorte in Buxtehude, Nordenham, Stade und Varel verfügt.

Protokoll der Debatte im Plenum am 13. November:

<http://www.europarl.ep.ec/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20071113+ITEM-021+DOC+XML+V0//EN&language=EN>

Infos auf der Webseite von Erika Mann:

<http://erikamann.com/themen/transatlantischebe/WTO-Dispute/>

Luftverkehr soll in den Emissionshandel einbezogen werden

Ab 2011 sollen alle Flüge, die auf Flughäfen der EU starten oder landen, mit in das EU - Emissionshandels-system einbezogen werden, so forderte es das Europäische Parlament am 13. November. In erster Lesung stimmten die Parlamentarier dafür, dass dies sowohl für innereuropäische als auch Interkontinentalflüge ab 2011 gelten soll. Dies wiederum sah der Vorschlag der Kommission nicht vor. Die Kommission wollte Interkontinentalflüge erst ab 2012 in das System einbeziehen, obwohl diese im internationalen Rahmen für ⅔ der CO₂-Emissionen verantwortlich sind.

Link zum Bericht (zurzeit leider noch nicht auf Deutsch verfügbar, deshalb Englisch):

<http://www.europarl.ep.ec/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2007-0402+0+DOC+PDF+V0//EN&language=EN>

Finanzminister einigen sich auf GALILEO-Finanzierung

Der Finanzminister-Rat (ECOFIN-Rat) hat sich am 24.11. auf einen Kompromiss zur Finanzierung des Galileo-Projekt verständigt. Demnach soll das europäische Satellitensystem vollständig aus dem EU-Haushalt finanziert werden.

Eine Mischfinanzierung über die Europäische Raumfahrtagentur (ESA) und den EU-Haushalt wie sie ebenfalls diskutiert wurde, konnte sich damit nicht durchsetzen. Deutschland wurde von den anderen EU-Mitgliedsstaaten überstimmt. Die Bundesregierung hatte das Modell der gemischten Finanzierung favorisiert. Ein neues Finanzierungskonzept wurde notwendig, nachdem die ursprüngliche Form der gemeinsamen Finanzierung von EU und Privatwirtschaft (in Form einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft) gescheitert war.

An der Umsetzung von Galileo ist auch das Projekt GAUSS (GALILEO Zentrum für sicherheitskritische Anwendungen, Zertifizierungen und Dienstleistungen), das am Forschungsflughafen Braunschweig angesiedelt ist, beteiligt. Es soll die sicherheitsrelevanten Anwendungen des Satellitenprogramms als einen Schwerpunkt erproben.

Informationen über GAUSS:

<http://www.gzvb.de/index.php?id=732>

Digitalfernsehen: Zukunftstechnik

Das EP nahm am 13. November mehrheitlich einen Bericht an, in dem es die Bedeutung des Digitalfernsehens zur Verbreitung von Informationen betont. Um dies zu forcieren, ist ein Übergang von der Analog- zur Digitaltechnik eine wichtige Voraussetzung. Die Bundesregierung strebt an, dass die Digitalisierung der TV- und Radionetze bis zum Jahr 2010 vollendet ist. In Deutschland wird daher zurzeit das Antennenfernsehen, als dritter Empfangsweg neben Kabel und Satellit, digitalisiert.

Die Digitalisierung der Telekommunikation ist auch Bestandteil des so genannten Telekom-Pakets, welches die Kommission am 13. November vorgestellt hat. Dieses Paket wird die dritte Stufe der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes (TK-Marktes) sein. Erika Mann wird diese Überarbeitung des TK-Rechtsrahmens aktiv mitverfolgen. Wir werden Sie hierüber in Kürze ausführlich auf unserer Website informieren.

Informationen zum Empfang in Norddeutschland vom Digitalen Antennen-Fernsehen finden Sie unter nachstehendem Link:

<http://www.dvb-t-nord.de/index.html>

Breitbandentwicklung in der EU

Während einige europäische Länder beim Breitbandzugang weltweit führend sind, ist der Abstand zwischen den Spitzenreitern und den Schlusslichtern in der Europäischen Union weiter angewachsen. Dies ist das Ergebnis eines Berichts der Europäischen Kommission zur Breitbandentwicklung in der EU. Hauptgründe hierfür seien fehlender Wettbewerb und Schwachstellen bei der Regulierung in mehreren Ländern. Die Kommission verfolgt langfristig das Ziel, dass jeder Bürger überall in der EU einen intelligenten und kostengünstigen Zugang zur Telekommunikation wahrnehmen kann. Vor allem Teile des ländlichen Raumes, auch in Niedersachsen, haben z.B. noch keinen ausreichenden Breitbandzugang. Um dies zu ändern, stehen mehrere Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung. Zum einen fördert die EU im Rahmen der Regionalpolitik den Ausbau von Breitband. Zum anderen werden laufend alternative Modelle entwickelt, wie auch in abgelegenen Regionen kostengünstiger Breitbandanschluss möglich ist.

Weitere Infos auch u.a. auf unserer Webseite:

<http://erikamann.com/themen/aktuelleeuropische/Informationstechnologie/Breitbandluft>

<http://www.zukunft-breitband.de/Breitband/Portal/Navigation/breitbandatlas.html>

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_7423_de.htm

Erste Tagung des Transatlantischen Wirtschaftsrats

Der Transatlantische Wirtschaftsrat ("Transatlantic Economic Council" - TEC) kam am 9. November erstmals in Washington D.C. zu einer offiziellen Sitzung zusammen. Der Wirtschaftsrat wurde auf dem EU-US Gipfel Ende April 2007 ins Leben gerufen mit dem Ziel, bestimmte Handelshemmnisse zwischen der EU und den USA abzubauen: So etwa beim Schutz der Rechte an geistigem Eigentum, bei der Gewährleistung von Handelssicherheit, bei der Integration der Finanzmärkte, der Förderung von Innovation und Technologie sowie der Förderung von Investitionen. Von der schon tiefen Verflechtung des amerikanischen und europäischen Marktes profitiert auch Niedersachsen mit seinen zahlreichen international ausgerichteten Firmen.

Die europäische Seite wird vom deutschen EU-Kommissar Günther Verheugen vertreten, auf US-Seite gab es kurz am 28. November einen Personalwechsel. Der Vorsitzende des Nationalen Wirtschaftsrates Alan Hubbard kündigte an zum Jahreswechsel von seinem Posten zurückzutreten. Damit wird er auch die Vertretung der USA im Transatlantischen Wirtschaftsrat abgeben. Nachfolger wird der bisherige Stellvertreter Hubbards, Keith Hennessey.

Hintergrund:

Erika Mann hatte sich in den vergangenen Jahren stark dafür eingesetzt, dass die Wirtschaftspartnerschaft zwischen der EU und den USA durch das Konzept des Transatlantischen Markts gestärkt wird. Dieses Ziel wurde im Frühjahr 2007 auf dem EU-US Gipfel erreicht und wird in den kommenden Jahren zu zahlreichen Erleichterungen im transatlantischen Handel führen, von denen beide Seiten profitieren werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1662&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

[Mehr Informationen über die EU-US Handelsbeziehungen](#)

[Speech of Commissioner Mandelson in Washington DC : "Europe and the US: Confronting Global Challenges"](#)

Einführung existenzsichernder Mindestlöhne gefordert

Das Europäische Parlament hat am 15. November den angekündigten Vorschlag der Kommission, das Jahr 2010 zum Europäischen Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung auszurufen, begrüßt. Die Abgeordneten machten deutlich, dass darüber hinaus weitere Maßnahmen notwendig sind. Unter anderem forderten sie die Einführung eines "angemessenen existenzsichernden Mindestlohns" auf Ebene der Mitgliedstaaten – eine Idee, die Erika Mann seit Jahren schon vertritt und jüngst im Rahmen ihrer Sommerreise am 24. August 2007 in Hameln-Pyrmont gegenüber den Journalisten von Radio Aktiv deutlich gemacht hat.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/047-13077-316-11-46-908-20071114IPR13076-12-11-2007-2007-false/default_de.htm

EU fordert weltweit bessere Arbeitsplätze

Beim Forum der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in Lissabon am 31. Oktober, bei dem es um menschenwürdige Arbeit ging, bekräftigten Vertreter der EU ihre Zusage, bessere Arbeitsbedingungen fördern zu wollen. Es sollen mehr und vor allem bessere Arbeitsplätze mit sozialem Schutz und Chancengleichheit geschaffen werden. Hierzu werden zurzeit entsprechende Maßnahmen ergriffen. Darüber hinaus sollen einige EU-Mitgliedstaaten die dies bisher nicht getan haben, eine Reihe internationaler Übereinkommen ratifizieren, welche die Arbeitsplatzqualität weltweit verbessern sollen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1635&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://www.ilo.org/global/What_we_do/Events/Symposiumsandworkshops/lang-en/WCMS_083618/index.htm (IAO-Forum über menschenwürdige Arbeit)

Arbeitslosenquote in Europa im September gesunken

Der gesamtwirtschaftliche Aufschwung in Europa trägt dazu bei, dass in der Eurozone (EZ13) die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im September 2007 bei 7,3% lag, gegenüber 7,4% im August. Im September 2006 betrug sie 8,1%.

In der EU27 lag die Arbeitslosenquote im September 2007 bei 7,0%, gegenüber 7,1% im August. Im September 2006 hatte sie 8,0% betragen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/07/149&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Arbeitsmarktdaten in Deutschland und Niedersachsen September 2007:

Bodenschutz: Flexibler Ansatz setzt sich durch

Am 14. November 2007, hat das Europäische Parlament die umstrittene Bodenschutz-Rahmenrichtlinie verabschiedet. Diese soll die Ursachen von schlechter Bodenqualität wie Erosion, Verdichtung, Versalzung und Bodenverunreinigung in der Europäischen Union bekämpfen. Der Hauptkonflikt im Europäischen Parlament ging um das Maß der Regelungsnotwendigkeit. Zurzeit gibt es lediglich in neun von 27 Mitgliedstaaten eine relevante Bodenschutzgesetzgebung.

Erika Mann bewertet den ausgehandelten Kompromiss als ein gutes Ergebnis: "Das deutsche Bodenschutzgesetz kann sich gut in die Rahmenrichtlinie einfügen. Zwar sind einige Anpassungen nicht vermeidbar, dennoch konnten bürokratische Auswüchse verhindert werden. Das im Parlament gefundene Ergebnis räumt den Mitgliedstaaten die notwendige Flexibilität ein, damit der Bodenschutz nach nationalen Bedürfnissen ausgerichtet werden kann"

Hintergrundinformationen auf unserer Website:

<http://erikamann.com/themen/aktuelleuropische/Bodenschutzrahmenrichtlinie/>

"Apfelwein" behält Kennzeichnung "Wein"

Der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments hat am 21. November über die Weinmarktreform abgestimmt. Darin haben sich die Parlamentarier entgegen den Vorschlägen der Kommission dafür ausgesprochen, dass Wein auch künftig mit Zucker versetzt werden darf. Dem Vorschlag der Kommission entsprechend hätte beispielsweise der hessische Apfelwein ("Ebbelwoi") künftig nicht mehr als "Wein" bezeichnet werden dürfen.

In erster Linie geht es bei der Reform jedoch um die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Erzeuger in der EU, die Rückeroberung von Märkten, das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage, eine Vereinfachung der Regeln, die Erhaltung der besten Traditionen der Weinerzeugung in der EU, die Stärkung des sozialen Gefüges in den ländlichen Gebieten sowie den Schutz der Umwelt.

Zum Berichtsentwurf des Agrarausschusses:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pr/685/685884/685884de.pdf

Webseite der Kommission zum Thema:

http://ec.europa.eu/agriculture/capreform/wine/index_de.htm

Überprüfung der EU-Agrarreform: Vorschläge der Kommission vorgestellt

Am 20. November hat die EU-Kommission ihre neuen Vorschläge über eine neue Verteilung der Agrarmittel vorgestellt. In erster Linie sollen die Direktzahlungen an die Landwirte gekürzt und die frei werdenden Mittel für die stärkere Entwicklung des ländlichen Raumes genutzt werden. Künftig sollen statt bislang 5% der Fördermittel 13% für die Entwicklung des ländlichen Raums verwendet werden.

Die Vorschläge wurden im Rahmen des so genannten "Gesundheitschecks" präsentiert, eine Halbzeitüberprüfung der Agrarreform aus dem Jahr 2003.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1720&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weniger Agrarbeihilfen für Großbetriebe geplant

Im Zuge der Überprüfung der Agrarmittelverteilung sollen Großbetriebe zukünftig weniger Beihilfen erhalten. So sollen Direktzahlungen über 100.000 EUR pro Jahr um 10%, über 200.000 EUR um 25% und über 300.000 EUR um 45% gekürzt werden. In der Vergangenheit sind aber solche Pläne, die Beihilfen bei 300.000 EUR zu kappen, von Großbritannien und Deutschland abgewehrt worden. Nach Schätzungen wären in Deutschland 5.310 Betriebe, vor allem in den neuen Bundesländern, mit einem Verlust von 270 Mio. EUR betroffen. In Großbritannien wären es 6.100 Betrieb und 78.5 Mio. EUR.

In Nordrhein-Westfalen beispielsweise sind Agrargroßbetriebe die Hauptnutznießer der EU-Agrarsubventionen (andernorts wurden die Zahlen noch nicht veröffentlicht).

http://www.oxfam.de/a_611_presse.asp?id=300

<http://www.iht.com/articles/2007/11/07/europe/union.php>

EU-Erweiterungsberichte vorgelegt

Zurzeit hat vor allem Kroatien gute Aussichten auf einen baldigen EU-Beitritt, wenngleich weitere Reformanstrengungen in Verwaltung und Justiz erfolgen müssen. Dies geht aus dem jährlichen Erweiterungsstrategiepapier hervor.

Die übrigen Westbalkanländer (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Kosovo) sind noch weit davon entfernt, kurzfristig die Beitrittsvoraussetzungen erfüllen zu können. Auch der Beitrittsprozess der Türkei verlaufe planmäßig.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1651&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Schengenweiterung: Quantensprung mit Sorgenfalten

Am 21. Dezember 2007 fallen die Grenzkontrollen zu neun neuen Mitgliedsstaaten weg, dies sieht der Beschluss der EU-Innenminister vom 8. November vor. Ein Beschluss wird am 06./07. Dezember nach Anhörung des Europäischen Parlaments gefasst werden können. Betroffen sind vorerst nur die Land- und Seegrenzen, da die Kontrollen auf Flughäfen erst am 30. März 2008 entfallen. Von den neuen Mitgliedsstaaten sind noch nicht Zypern, Bulgarien und Rumänien beteiligt. Mitglieder des Schengen-Raums sind bereits alle alten Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Großbritannien und Irland. Zukünftig wird die Schweiz zum Schengenraum gehören, sobald deren Beitritt zum Schengen-Abkommen von allen Mitgliedstaaten ratifiziert ist.

Die Öffnung der Grenzen wird teilweise mit Sorge gesehen. So haben in mehreren deutschen Städten Polizisten in Demonstrationen ihre Sorge über mögliche wachsende Kriminalität und fehlende Kommunikationsstrukturen geäußert. Erika Mann ist der Meinung, dass der Prozess sehr aufmerksam verfolgt werden muss.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/jha/97023.pdf

Liberalisierung der Postdienste fast erreicht

Der Rat hat am 09. November formal seinen Gemeinsamen Standpunkt zu der Richtlinie über die Vollendung des Binnenmarktes für Postdienste in der Gemeinschaft angenommen. Dieser entspricht im Wesentlichen der Stellungnahme des EP in erster Lesung. Darüber hinaus ist er mit der Kommission und dem EP informell abgestimmt worden, so dass mit einer unveränderten Annahme durch das EP in zweiter Lesung zu rechnen ist. Damit werden die Postdienste spätestens mit Wirkung vom 01. Januar 2011 geöffnet. Zwei alte Mitgliedstaaten (Griechenland und Luxemburg) sowie fast alle neuen Mitgliedstaaten (außer Bulgarien, Estland und Slowenien) erhalten eine Frist bis zum 31. Dezember 2012.

Die Liberalisierung bedeutet, dass bisherige Monopolisten für Postdienste den Markt für Konkurrenten freigeben müssen. In Deutschland hält die Deutsche Post bislang ein Monopol auf einfache Briefe bis 50 Gramm. Ab 2008 sind für die Briefzustellung deutsche Konkurrenten zugelassen, ab 2011 nun auch europäische Dienstleister.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/jha/97023.pdf (Rat Justiz und Inneres)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st13/st13593.de07.pdf> (Gemeinsamer Standpunkt)

Initiativen für den Güterverkehr

Am 18. Oktober hat die Kommission eine Reihe von Maßnahmen verabschiedet, die den Güterverkehr in der EU nachhaltig verbessern sollen. Das neue Maßnahmenpaket umfasst Vorschläge zur Verbesserung der Logistik, zu einem am Güterverkehr orientierten Bahnnetz und zur europäischen Hafenpolitik. Außerdem sind zwei Arbeitspapiere zum europäischen Meeresraum vorgelegt worden. Insgesamt haben die Initiativen das Ziel die Qualität in der gesamten Logistikkette zu verbessern.

http://ec.europa.eu/transport/logistics/freight_logistics_action_plan/index_en.htm

Plenum soll effektiver, aber vor allem attraktiver werden

Diesem Ziel dienen die von der Konferenz der Obleute der Fraktionen des Europäischen Parlaments angenommenen Empfehlungen. Eine Arbeitsgruppe „Reform des Parlaments“ von Abgeordneten des EP hat Empfehlungen erarbeitet, wie das Plenum, attraktiver für den Bürger und effektiver im Ablauf werden soll. Themen für politische Debatten und Entschlüsse sollen stärker an der jährlichen Strategieplanung und dem Arbeitsprogramm der EU-Kommission ausgerichtet werden. Die Debatte zu einem Berichtsentwurf soll unmittelbar vor einer Abstimmung stattfinden. Darüber hinaus ist vorgesehen, dass für spontane Interventionen der Europaabgeordneten zusätzliche Redezeit zur Verfügung gestellt wird.

In dem Bericht sind auch einige Änderungen enthalten, für von Erika Mann vorgeschlagen wurden.

http://www.europarl.europa.eu/eplive/expert/multimedia/20071029MLT12549/media_20071029MLT12549.pdf

Rechtsradikale Fraktion im EP aufgelöst

Am 6. November kündigten die fünf Abgeordneten der Großrumänischen Partei (PRM) ihren Rückzug aus der 23köpfigen Gruppe „Identität, Tradition und Souveränität“ (ITS) an. Damit hat die ITS ihren Fraktionsstatus (mindestens 20 Mitglieder aus mindestens sechs Mitgliedstaaten) verloren. Auslöser hierfür war eine Äußerung vom ITS-Fraktionsmitglied Alessandra Mussolini, die nach dem Mord an einer Römerin, der durch einen Rumänen der Volksgruppe Roma begangen worden sein soll, den Abzug des rumänischen Botschafters aus Italien gefordert haben soll. Der Präsident der Großrumänischen Partei sah darin eine „Kriegserklärung“.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-13089-316-11-46-901-20071114IPR13088-12-11-2007-2007-true/default_de.htm

Nützliche Informationen

In dieser Rubrik möchte ich Sie wie gewohnt auf interessante Publikationen hinweisen.

Infoletter des Kompetenznetz Optische Technologien:

<http://www.photonicnet.de/Aktuelles/infoletter>

DB Research - Arbeitslosenversicherung und regionale Schocks:

http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000217341.pdf;jsessionid=12274:4730257a:13e0355cf99cf1b

Link zum Livemitschnitt der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments:

<http://www.europarl.europa.eu/wps-europarl-internet/faces/live/live-video.jsp?language=de>

Hinweise auf wichtige Termine in der Region

Schulgespräche 2007

Am 5. November war Erika Mann an den "Berufsbildenden Schulen 2" in Gifhorn, wo sie Herrn Peter Löffler (Communication Officer der Europäischen Exekutivagentur "Intelligente Energien" der Europäischen Kommission) den in Niedersachsen einzigartigen Ausbildungsgang „Staatlich geprüfte(r) Technische Assistentin/Technischer Assistent für die Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe“ vorstellte. Am 22. November war Erika Mann an der BBS in Alfeld. In dem Gespräch mit der Schulleitung ging es um die Anzahl der Ausbildungsberufe. Erika Mann vertritt die Auffassung, dass es zunächst wichtiger ist eine breitere Auffächerung der Kernberufsfelder zu haben um später zu spezifizieren.

Informationen über die Ausbildungsberufe an den niedersächsischen Berufsschulen finden Sie unter:

http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C33924611_L20.pdf

Link zur BBS 2 Gifhorn:

<http://www.bbs2-gifhorn.de/>

Link zur BBS Alfeld:

<http://www.bbs-alfeld.de/>

Hochschulgespräche 2007

Regelmäßig tauscht sich Erika Mann mit den Hochschulen in ihrer Region aus. Diese Gespräche sollen dazu beitragen, unter anderem um über die ersten Erfahrungen aus dem seit Anfang 2007 angelaufenen 7. Forschungsrahmenprogramm zu berichten bzw. sich über aktuelle Entwicklungen an den Universitäten zu informieren.

Am 26. November 2007 fanden ein Gespräch und ein daran anschließender Vortrag an der Universität Hildesheim statt. Das Institut für Geschichte der Uni Hildesheim wird von Prof. Dr. Gehler geleitet und hat als einen seiner Forschungsschwerpunkte die "Vergleichende europäische Zeitgeschichte". Gemäß dem Motto des Instituts ("Es ist längst an der Zeit, Europa als Auftrag zu verstehen.") hat Erika Mann versucht, ihren Teil zum besseren Verständnis Europas beizutragen.

Des Weiteren war Erika Mann in 2007 zu Fachgesprächen an der Georg-August-Universität Göttingen am 13. Juli, an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover am 20. August, an der Fachhochschule Wolfenbüttel am 21. August, an der Leuphana Universität Lüneburg am 12. Oktober, an der Technischen Uni-

versität Carolo Wilhelmina Braunschweig am 15. Oktober, an der Fachhochschule Holzminden am 16. November.

Darüber hinaus hat sie am 19. November mit ihren Kollegen Gabriele Andretta, MdL und Thomas Oppermann, MdB in Göttingen im Heyne-Haus über Forschung in Niedersachsen, Deutschland und Europa mit den anwesenden Wissenschaftlern diskutiert.

Im kommenden Jahr wird Erika Mann weitere Hochschulgespräche durchführen.

<http://www.uni-hildesheim.de/de/geschichte.htm>

<http://www.gehler.at>

Landkreisbereisungen 2007

Regelmäßig führt Erika Mann Besuch in den niedersächsischen Landkreisen durch, die in ihrem Zuständigkeitsbereich liegen. In diesem Rahmen führt sie Fachgespräche u.a. mit Hauptverwaltungsbeamten, Unternehmern und Arbeitnehmervertretern.

So war sie im Rahmen ihrer Sommerreise in der Region Hannover (20. August), im Landkreis Peine und im Landkreis Wolfenbüttel (21. August), im Landkreis Schaumburg (22. August.) im Landkreis Northeim (23. August) und im Landkreis Hameln-Pyrmont (24. August). Darüber hinaus fand am 12. Oktober die Bereisung im Landkreis Lüneburg, am 08. November im Landkreis Osterode, am 09. November im Landkreis Diepholz und am 22. November in Alfeld (Landkreis Hildesheim) statt.

Folgende Besuche sind für Dezember geplant:

07. Dezember

Landkreis Northeim

<http://www.landkreis-northeim.de/>

08. Dezember

Landkreis Nienburg

<http://www.lk-nienburg.de/internet/>

14. Dezember

Landkreis Helmstedt

<http://www.helmstedt.de/>

Hinweis auf wichtige Termine in Brüssel oder "dem Rest der Welt"

27./28. November

Brüssel

Erika Mann hat als Vorsitzende der gemischtparlamentarischen Delegation EU-Mexiko eine rund 20-köpfige Delegation aus Mexiko in Brüssel empfangen. Die fünfte Versammlung der Parlamentarier aus dem Mexikanischen Kongress und dem Europäischen Parlament hat unter anderem den neuen EU-Reformvertrag, die Einschätzung der gegenseitigen Beziehungen, dem Klimawandel und Menschenrechten diskutiert.

Arbeitsschwerpunkte von Erika Mann:

Handelspolitik, insbesondere Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation, Beziehungen EU - Mexiko und transatlantische Beziehungen (EU - USA, EU - Kanada), Informationsgesellschaft (elektronischer Geschäftsverkehr, Urheberrecht, Internet) und Telekommunikationspolitik, Forschungspolitik